

LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
156 · Ausgabe CH · August 2015
AZB 3001 Bern



Pascal Bassu

«Die Wahlen im Herbst sind Richtungswahlen»

Im Interview äussert sich Christian Levrat zur aktuellen Asyldebatte und sagt, weshalb die Wahlen im Herbst zu den wichtigsten seiner Amtszeit gehören. Seiten 2 bis 3

BASISKAMPAGNE

Ein Blick ins Archiv zeigt, dass die SP bereits vor 80 Jahren bei Wahlen und Abstimmungen ganz auf ihre Mitglieder setzte.
Seite 4

MENSCHEN AUF DER FLUCHT

Peter Maurer sprach an der diesjährigen Sommeruni über Menschen auf der Flucht und seine Arbeit als Präsident des IKRK.
Seite 18

«Unsere Mitglieder sind unsere Stärke»

CHRISTIAN LEVRAT ÜBER DIE ASYLDEBATTE, DIE FLÜCHTLINGSPOLITIK DER EU UND ZWEI VISIONEN DER SCHWEIZ, DIE SICH IM WAHLKAMPF GEGENÜBERSTEHEN.

Du warst im Juli auf Sizilien, einer Insel im Mittelmeer, auf der gegenwärtig viele Flüchtlinge ankommen. Wie hast du die Situation erlebt?

Wenn man nicht nach Catania an den Hafen fährt, merkt man vor Ort relativ wenig. Was mir hingegen auffällt, ist die Polemik, die in der Schweiz rund um das Thema Asyl entfacht wird. Klar, die Beherbergung der Flüchtlinge bringt gewisse Herausforderungen mit sich. Dennoch bin ich überzeugt, dass die Schweiz stets offen und hilfsbereit war und ist, wenn es darum geht, verfolgten und an Leib und Leben bedrohten Menschen Schutz zu bieten. Diese grundsätzliche Offenheit steht in krassem Widerspruch zur aktuellen Hetzkampagne der SVP.

Du sprichst es an, in der Schweiz führt derzeit vor allem die SVP eine emotionale, teils gehässige Kampagne. Weshalb gelingt es der SVP, die Medien derart für ihre Asyldebatte zu instrumentalisieren?

Es ist immer einfach gegen Minderheiten zu poltern. Mein Eindruck ist allerdings, dass die SVP mit ihrer Hetzkampagne nicht viel mehr als die eigene Basis zu überzeugen vermag. Der Grossteil der Bevölkerung durchschaut, dass eine Kampagne gegen syrische oder eritreische Flüchtlinge schlicht fehl am Platz ist. Es geht hier um Menschen, die wirklich schutzbedürftig sind und die nicht in ihre Heimatländer zurückkehren können. Mich schockiert vor allem, dass solche Parolen von einer Regierungspartei kommen.

Gerade in Bezug auf Syrien haben die Nachbarländer immer mehr Mühe den Flüchtlingsansturm zu bewältigen...

Der Druck auf die Türkei oder den Libanon ist enorm, das hat uns IKRK-Präsident Peter Maurer hier in Chandolin nochmals klar vor Augen geführt. Der Libanon nimmt derzeit bei vier Millionen Einwohnern eine Million Flüchtlinge auf. Das muss man sich mal vorstellen! Ich bin überzeugt, dass auch die Schweiz hier einen Beitrag leisten und einen Teil der Flüchtlinge aufnehmen muss. Und ich glaube, dass eine Mehrheit der Schweizer Bevölkerung das ähnlich sieht. Letztendlich geht es darum, ob wir bereit sind, unsere humanitäre Tradition auch im Jahr 2015 zu leben oder nicht.

Wie beurteilst du die Haltung der EU in Bezug auf die Flüchtlingsfrage?

Die Flüchtlingspolitik der EU ist alles andere als ermutigend. 17 Jahre nach den ersten Harmonisierungsschritten ist es ihr immer noch nicht gelungen, einen verbindlichen Verteilschlüssel zu schaffen oder die Aufnahmeverfahren zu vereinheitlichen. Die einzelnen Mitgliedstaaten anerkennen zwar die Notwendigkeit einer Harmonisierung, sind aber nicht bereit, mehr Flüchtlinge aufzunehmen. Das ist eine Schande. Umso wichtiger ist es, dass die Schweiz – aber auch grosse europäische Staaten wie Deutschland – mit gutem Beispiel vorangehen.

Interview:
Ladina Triaca
und Michael
Sorg

Die EU-Mitgliedstaaten hatten nicht nur Mühe, sich auf eine gemeinsame Flüchtlingspolitik zu einigen. Auch beim Thema Griechenland gab die EU zuletzt kein gutes Bild ab. Ist es so nicht schwierig, für mehr Offenheit gegenüber Europa einzutreten?

Sicherlich. Das Europa, das wir heute erleben, ist nicht mehr das Europa der Solidarität und des sozialen Fortschritts. Dennoch werden sämtliche relevanten Entscheide auf europäischer Ebene getroffen. Wir sind von diesen Entscheiden direkt betroffen, können aber nicht mitbestimmen. Die Frage des Beitritts wird sich deshalb unweigerlich irgendwann stellen. Derzeit hat aber klar die Rettung der Bilateralen Priorität.

Die Debatte um Europa, Bilaterale und Umsetzung des Zuwanderungsartikels läuft ja sowieso, ob nun Wahlen sind oder nicht. Auf welche Themen will sich die SP im Wahlkampf sonst noch konzentrieren?

Die Wahlen in diesem Herbst sind Richtungswahlen. Aktuell stehen sich zwei Visionen der Schweiz frontal gegenüber. Auf der einen Seite diejenige der Rechtskonservativen, welche die Schweiz abschotten, das Recht auf Asyl abschaffen und die Bilateralen kündigen wollen. Auf der anderen Seite unsere Vision einer Schweiz der Hoffnung und der Offenheit.

Diese beiden Visionen prallen nicht nur im Asylwesen aufeinander...

Sie stehen sich auch im Bereich der Altersvorsorge diametral gegenüber. Während die bürgerlichen Kreise das Rentenalter auf 67 erhöhen wollen, kämpfen wir seit Jahren für bessere Renten und ein würdiges Leben im Alter. Auch in Sachen Lohngleichheit und Wohnungspolitik gibt es grosse Differenzen. Während die rechten Parteien diese Bereiche dem Markt und den Spekulanten überlassen wollen, setzen wir uns für eine gerechte und aktive Lohn- und Wohnungspolitik ein. Ein innenpolitisches Thema, das im Herbst zudem noch aktueller werden dürfte, ist die anhaltende Überbewertung des Frankens und die zunehmend stärker spürbaren Folgen für die Wirtschaft.

Welche Antworten hat die SP auf dieses Problem?

Die Aufhebung des Mindestkurses war ein grosser Fehler. Wir fordern, dass die Nationalbank wieder einen stabilen Wechselkurs einführt. Die verschiedenen Betriebe und Unternehmen müssen sich wieder an einem Mindestkurs orientieren können. Die Passivität der Behörden in diesem Bereich macht mir Sorgen. Ich habe den Eindruck, dass in unserem Land gerade die kleinen und mittleren KMUs oft vernachlässigt werden. Darüber hinaus muss auch das Kartellrecht endlich angepasst werden. Die Währungsgewinne sollen nicht nur den Grossverteilern, sondern auch den Konsumenten zugute kommen.



Für Christian Levrat gehören die Wahlen im Herbst zu den wichtigsten seiner Amtszeit.

Kommen wir auf den Wahlkampf zu sprechen. Im Gegensatz zu anderen Parteien oder Verbänden hat die SP ein kleines Budget für den Wahlkampf...

Die Wahlkampfmittel der Parteien sind in der Tat sehr unterschiedlich. Die SVP und die FDP haben bereits jetzt mehr Geld ausgegeben, als uns für den gesamten Wahlkampf zur Verfügung steht!

Wie sorgt die SP dafür, dass ihre Positionen trotzdem bei den Wählerinnen und Wählern ankommen?

Unsere Stärke sind unsere Mitglieder. Sie engagieren sich in ihrer Familie, bei der Arbeit oder in Vereinen für unsere Werte und Visionen. Mit gross angelegten Telefonaktionen wollen wir zudem mindestens 100 000 Menschen erreichen und von unseren Positionen überzeugen. Die Basiskampagne und die direkten Gespräche mit den Wählerinnen und Wählern sind unsere Antwort auf die millionenschwere Kampagne der bürgerlichen Parteien!

Du warst selber auch schon bei solchen Telefonaktionen dabei. Wie sind die Reaktionen auf diese Kampagne?

Die Reaktionen sind ausgesprochen positiv! Oftmals sind die Leute froh, dass man sie anruft und mit ihnen über die bevorstehenden Wahlen spricht.

Trotzdem, die aktuellen Umfragen prognostizieren für die Wahlen eine Verschiebung nach rechts...

Traue keiner Umfrage, die du nicht selbst gefälscht hast (lacht). Wir haben motivierte Mitglieder und starke Listen. Ich bin überzeugt, dass wir im Herbst zulegen können. Was mir hingegen Sorgen bereitet, sind unsere Verbündeten im Parlament. Wenn es uns nicht gelingt, die ihnen drohenden Verluste zu kompensieren, könnte es äusserst eng werden.

Was würde das bedeuten?

Es steht sehr viel auf dem Spiel. Zurzeit haben wir sowohl bei der Altersvorsorge als auch bei der Energiewende äusserst knappe Mehrheiten. Dank den Grünen, von Fall zu Fall aber auch dank GLP, CVP oder BDP. Diese Mehrheiten wären bereits bei wenigen Sitzverlusten gefährdet. Seit ich Politik betreibe, sind das wohl die wichtigsten Wahlen. Es wird auf jede Stimme ankommen!

Auch die Zusammensetzung des Bundesrates hängt vom Wahlausgang ab...

Auch hier könnte es eng werden. Es muss uns gelingen, einen Bundesrat rechts der Mitte zu verhindern, sonst werden wir für die nächsten vier Jahre von einer ultrakonservativen Rechtsregierung regiert werden. Davor graut es mir.

Freut man sich als Präsident eigentlich auf den Wahlkampf?

Und wie! Für mich als Parteipräsident ist das eine der schönsten Perioden. Wenn ich könnte, würde ich nur Wahlkampf machen!

NATIONALE WAHLVERANSTALTUNG VOM 12. SEPTEMBER, 11 – 13 UHR IN TURGI

«Mehr als die Vergangenheit interessiert mich die Zukunft, denn in ihr gedenke ich zu leben.» Vom berühmten Zitat Albert Einsteins haben wir uns inspirieren lassen. Am 12. September wollen wir mit euch auf der historischen Holzbrücke in Turgi zusammenkom-

men und die heisse Phase des Wahlkampfes eröffnen. Wir schauen ein bisschen zurück, vor allem aber nach vorne: In welche Richtung wollen wir die Gesellschaft, die Wirtschaft verändern? Und: weshalb braucht es die SP auch in den kommenden 125 Jahren?

Redebeiträgen von: Historiker und Professor Jakob Tanner, Bundespräsidentin Simonetta

Sommaruga, Bundesrat Alain Berset, EU-Parlamentspräsident Martin Schulz und Parteipräsident Christian Levrat.

Moderation: Co-Generalsekretärinnen Flavia Wasserfallen und Leyla Gül
Abwechslungsreiches **Rahmenprogramm** mit Musik, Gastwirtschaft, und fröhlichem Beisammensein!

Ein Novum? Von wegen!

EIN BLICK INS ARCHIV ZEIGT, DASS DIE SP BEREITS VOR RUND 80 JAHREN BEI WAHLEN UND ABSTIMMUNGEN GANZ AUF IHRE MITGLIEDER SETZTE.

«Ganz bestimmt wird der Gegner riesige materielle Mittel einzusetzen vermögen. Die Geldquellen werden aus Banken und Finanzgesellschaften reichlich fliessen. Wir haben nicht die mindeste Aussicht eine materielle Schlacht durchzustehen. Wir werden daher versuchen müssen das materielle Übergewicht durch ein ideelles und durch den Einsatz vieler Menschen wettzumachen.» So wird die Ausgangslage für die Nationalratswahlen von 1935 in einem streng vertraulichen Aktionsplan zuhänden der Geschäftsleitung der SP Schweiz geschildert. Die Parteizentrale schreibt den Sektionen deshalb: «So wie es in der Schweiz keine Ortschaft geben darf ohne Versammlung, so darf es keine Familie geben, in der ein Werktätiger wohnt, die nicht von unsern Vertrauensleuten aufgesucht wurde!» Diese «Hausagitation» war damals das wichtigste Mittel im Kampf um die

Wähler. Zu diesem Zweck versandte die Partei verschiedene Anleitungsbroschüren an die Sektionen, die in wenigen Schritten aufzeigten, wie «von Mann zu Mann» mit den Wählern gesprochen werden sollte: «Die persönliche Fühlungnahme geschieht am besten an einem Sonntagvormittag», verlautete beispielsweise eine Wegleitung an die Sektion Basel-Land. Das Gespräch im Hause der Wähler erlaubte, die Sorgen und Nöte der Bewohnerinnen und Bewohner kennenzulernen. Die unter anderem aus finanzieller Not gewachsene Strategie der SP sollte sich so als Stärke der Partei herausstellen.

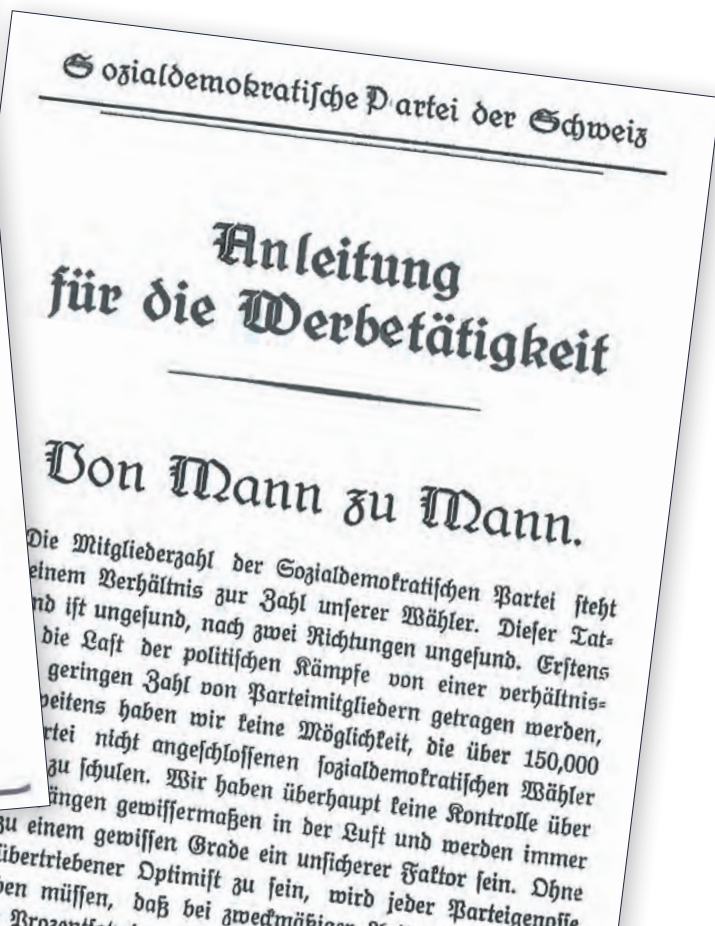
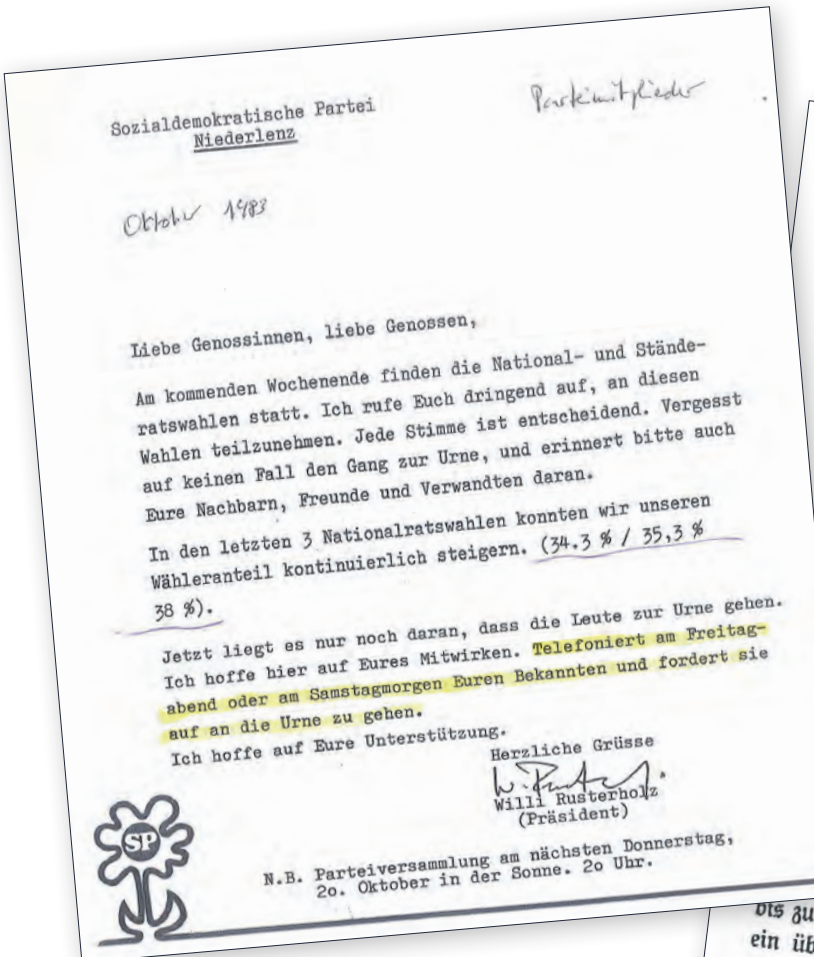
Auch fünf Jahrzehnte später waren die Mitglieder der SP entscheidend im Wahlkampf. So schreibt Willi Rusterholz als Präsident der Sektion Niederlenz (AG) 1983 seinen Genossinnen und Genossen mit der dringenden Bitte,

«Die persönliche Fühlungnahme geschieht am besten an einem Sonntagvormittag.»

nun kurz vor den anstehenden Nationalratswahlen um jede Stimme zu kämpfen. Mit dem Griff zum Telefon und dem persönlichen Aufruf sollen Freunde, Nachbarn und Verwandte dazu ermuntert werden, den wichtigen Gang zur Urne nicht zu versäumen.

Diese Strategie der SP kommt auch anlässlich der eidgenössischen Wahlen im Oktober zum Tragen. Genau wie 1935 will die SP mit dem Engagement ihrer Mitglieder der bürgerlichen Übermacht bei den Werbebudgets Paroli bieten – heute nicht mehr hauptsächlich mit Hausbesuchen am Sonntagmorgen, sondern mit dem Telefon in der Hand. Nicht nur das Gewinnen von zusätzlichen Stimmen spielt dabei eine Rolle. Die Telefongespräche führen zweifellos auch zu einem verstärkten Dialog zwischen der SP und ihren Wählerinnen und Wählern.

Anouk Eschelmüller, Historikerin





Die SP Tessin kämpft im Wahlkampf gegen Dumpinglöhne und die anhaltende Überbewertung des Frankens.

Wahlkampf im Tessin

DER SP TESSIN BLÄST IM WAHLKAMPF EIN RAUER WIND ENTGEGEN. DENNOCH GIBT ES GRUND ZUR HOFFNUNG.

Im Kanton Tessin arbeiten mehr als 60 000 Grenzgänger. Das ist mehr als ein Viertel der aktiven Bevölkerung. Die Grenzgänger aus Norditalien werden oftmals zu Dumpinglöhnen angestellt und verdrängen so die einheimischen Arbeitskräfte aus dem Arbeitsmarkt. Diese Situation führt nicht nur zu langen Staus auf den Strassen, sondern schafft auch immer grössere Spannungen in der Bevölkerung. Wir sind nicht bereit, die Grenzgängerinnen und Grenzgänger einfach als Sündenböcke hinzustellen. Mit dem «Aktionsplan für den Kanton Tessin», der von unserer Nationalrätin Marina Carobbio Guscetti präsentiert wurde, zeigen wir verschiedene Massnahmen auf, um die Situation im Tessin zu verbessern sollen.

Konkrete Massnahmen

Wir fordern die rasche Einführung der gesetzlichen Mindestlöhne (die vor kurzem in einer Volksabstimmung angenommen wurden), flächendeckende Gesamtarbeitsverträge, mehr Lohnkontrollen und härtere Sanktionen, einen Beitrag des Bundes, um mehr Lohninspektoren anzustellen, und einen Beschäftigungs- und Bildungsfonds, der mit Beiträgen der Arbeitgeber finanziert wird, welche Arbeitskräfte aus dem Ausland anstellen.

Um die Auswirkungen des starken Frankens auf unsere Wirtschaft abzdämpfen, fordern wir zudem ein Verbot der Auszahlung von Löhnen in Euro, die Einführung

einer erhöhten Frankenspekulationssteuer und die dringende Revision des Kartellgesetzes, damit die Importmargen künftig den KonsumentInnen zugute kommen.

Darüber hinaus können Sondermassnahmen bei der Arbeitslosenversicherung und der Kampf gegen Missbräuche in Personalverleih- und Arbeitsvermittlungsfirmen die Lage der jungen und älteren Arbeitslosen verbessern. Ebenfalls fordern wir eine Innovationspolitik, die mehr qualifizierte Arbeitsplätze schafft und das Potenzial der Tessiner Hochschullandschaft (Fachhochschule und Universität mit Spitzenforschung in den Bereichen Informatik und Biomedizin) anerkennt.

Jusos bringen frischen Wind

Uns Sozialdemokraten bläst im Tessin seit Jahren ein rauher Wind entgegen. Wir seien «Verräter», «Grenzöffner», «EU-hörig» und ganz generell die Totengräber der erfolgreichen Schweiz. Doch es gibt auch Lichtblicke. Die Tessiner Jusos haben sich in den letzten Monaten stark weiterentwickelt und sind inzwischen eine tatkräftige Truppe geworden, die mit ihren eigenen Kandidaten für die Wahlen antreten wird. Darüber hinaus zeigt unsere Liste der AuslandschweizerInnen, dass uns Weltoffenheit wichtig ist. Auch wenn die Kampagne im Tessin erst Anfang September beginnt: Wir sind bereit!

Carlo Lepori, Interimspräsident SP Tessin

STANDPUNKT



Ohne Transparenz keine Demokratie

Lange bevor die eidgenössischen Wahlen auch nur ansatzweise im Bewusstsein des oder der DurchschnittsschweizerInnen auftauchen, haben die Parteien bereits mehrere Millionen Franken für Wahlwerbung ausgegeben. Am meisten – das überrascht niemanden – die SVP. Schätzungen gehen von 1,2 Millionen Franken aus (Vergleich: das Gesamtwahlbudget der SP Schweiz beträgt 1,4 Millionen Franken), dahinter folgt die FDP mit fast 1 Million Franken. Wie viel Geld bis am 18. Oktober ausgegeben wird, darüber lässt sich nur spekulieren, denn die bürgerlichen Parteien halten ihre Zahlen geheim. Was aber bereits jetzt klar ist: der Unterschied zwischen den Bürgerlichen und der Linken ist riesig und wird zunehmend grösser. «Wenn eine Partei oder ein Abstimmungslager zehn- oder zwanzigmal mehr Geld zur Verfügung hat, als die anderen, wird es aus demokratietheoretischer Sicht langsam prekär», sagt Politologin Thomas Milic. Das ist noch zurückhaltend formuliert. Zwar kann man sich in der Schweiz wohl noch keine Abstimmung oder ein Wahlergebnis kaufen, doch wer weiss, wo wir in 5, 10 Jahren stehen.

Für einermassen gleich lange Spiesse zu sorgen ist das eine. Das andere ist aber, Licht ins Dunkel zu bringen. Wir politisieren seit Jahrzehnten in einer Dunkelkammer. Was die WählerInnen am Schluss sehen, ist die Politikerin, die vom Wahlplakat lächelt, das Ja oder Nein hinter einer Abstimmungsvorlage. Das ist die Spitze des Eisbergs oder vielmehr der Eiszapfen auf der Spitze des Eisbergs. Die ganze Kette der Interessen, Absichten, Abmachungen und Deals, die dahinter stecken, kennt niemand. Vielleicht gibt es keine. Vielleicht ist eine Wahlspende in der Höhe von 200'000 Franken einfach eine Wahlspende. Vielleicht aber auch nicht. Diese Verbindungen und Geldgeber offen zu legen und auch dazu zu stehen – oder aber das Geld abzulehnen, wenn man nicht dahinter stehen kann – muss so selbstverständlich in eine politische Kampagne gehören wie das Ja oder Nein, das am Schluss auf einem Abstimmungsplakat steht. Denn ohne Transparenz gibt es keine Demokratie.

Leyla Gül, Co-Generalsekretärin der SP Schweiz



USR III: Ohne Löcher in der Bundeskasse

DIE SP VERLANGT EINE VOLLSTÄNDIG GEGENFINANZIERT UND GERECHTE REFORM DER UNTERNEHMENSSTEUERN.

Alle erinnern sich an den Milliardenbeschluss von Altbundesrat Merz bei der Unternehmenssteuerreform (USR) II: Dividenden können aus Kapitalreserven steuerfrei ausgeschüttet werden. Das muss mit der anstehenden USR III korrigiert werden. Sie darf auch keine weiteren Löcher in die Bundeskasse reissen. Dass die EU und die OECD die kantonalen Steuerprivilegien der sogenannten Statusgesellschaften (Holdings, gemischte und Domizilgesellschaften) nicht länger tolerieren, ist längst klar. Eine Revision der Unternehmensbesteuerung ist deshalb nötig. Sie darf aber nicht erneut zu Lasten der Lohnabhängigen gehen.

Der Bundesrat hat noch vor den Sommerferien die Botschaft zur USR III vorgestellt. Geht es nach ihm, wird ein Milliarden-Loch von 1,3 Milliarden Franken in die Bundeskasse gerissen. Das ist für die SP schlicht nicht haltbar, zumal sich die finanzpolitischen Aussichten des Bundes deutlich verschlechtern: Jährlichen Ausfällen von 1,4 Milliarden Franken stehen lächerliche 100 Millionen Franken an Einnahmen gegenüber.

Schluss mit dem ungerechten Dividendenprivileg

Eine ertragsneutrale Finanzierung ist gefordert. Das Mengengerüst zeigt: Das ist auf Bundesebene gar keine Hexerei. Es ist nur eine Frage des politischen Willens und der politischen Mehrheiten.

Mit der USR II wurden die Kapitalgeber mit einer reduzierten Besteuerung der Dividenden ab einer Beteiligung von 10 Prozent verfassungswidrig zusätzlich bevorzugt. Auch

der Bundesrat will diese Ungerechtigkeit korrigieren, allerdings geht sein Vorschlag viel zu wenig weit: Die Teilbesteuerung der Dividenden soll einheitlich auf 70 % festgesetzt werden (heute liegt sie beim Bund bei 50 % im Geschäftsvermögen bzw. bei 60 % im Privatvermögen). Das gilt auch für die Kantone, die das Dividendenprivileg heute mit Sätzen von 35 % bis zu 70 % umgesetzt haben. Bereits die Anpassung auf 70 % bringt Mehreinnahmen von geschätzten 76 Millionen beim Bund und 346 Millionen in den Kantonen.

Die SP ist allerdings klar der Ansicht, dass die ausgeschütteten Dividenden wieder voll besteuert werden sollen. So wie die Löhne auch. Dies bringt dem Bund über 200 Millionen Franken Mehreinnahmen und spült den Kantonen ganz grob gerechnet eine halbe Milliarde zusätzlich in die Kassen. Davon profitieren auch die Sozialwerke, vorab die AHV. Es wird wieder attraktiver, Löhne statt Dividenden auszubezahlen. Dank den Mehreinnahmen von geschätzten 500 Millionen Franken in den Kantonen können auch die durch die USR III vorgesehenen vertikalen Ausgleichsmassnahmen des Bundes zugunsten der Kantone reduziert werden.

Der Bundesrat will mit der USR III die Emissionsabgabe auf Eigenkapital ganz aufheben. Das ist ein Fremdkörper in dieser Vorlage. Verzichtet man darauf, verbessert sich die Bilanz des Bundes um weitere 200 Millionen Franken.

Die Kapitalgewinne sind in der Schweiz nach wie vor steuerfrei. Auch das ist ungerecht. Die Kapitalgewinnsteuer gehört wieder in die

«Mit den von der SP vorgeschlagenen Korrekturen lässt sich die USR III ertragsneutral ausgestalten. Nur so ist sie mehrheitsfähig.»

Vorlage. Das bringt allein beim Bund geschätzte Mehreinnahmen von 300 Millionen. Weiter muss der Milliardenbeschluss mit dem Kapitaleinlageprinzip korrigiert werden. Über 1000 Milliarden (sic!) Agio-Reserven aus Aktiengesellschaften dürfen steuerfrei an die Aktionäre ausgeschüttet werden. Schliesslich sollen 75 neue SteuerinspektorenInnen eingestellt werden. Sie dürften pro Jahr 250 Millionen Franken einbringen. Warum nicht gleich mehr?

Keine neuen Schlupflöcher

Die USR III beinhaltet – als Ausgleich für den Wegfall der international nicht mehr akzeptierten Sonderstatusmodelle – eine privilegierte Besteuerung von Lizenzeinnahmen aus geistigem Eigentum (Lizenzboxen). Die SP trägt dies so lange mit, als auch ausländische Staaten dieses Privileg kennen. Weitere Entlastungen der Unternehmen, wie eine zinsbereinigte Gewinnsteuer oder eine Senkung der direkten Bundessteuer, werden wir aber klar bekämpfen.

Mit den von der SP vorgeschlagenen Korrekturen – wie dem Verzicht auf die Emissionsabgabe (plus 200 Millionen), der Aufhebung der Teilbesteuerung der Dividenden (plus gut 200 Millionen) und der Reduktion der vertikalen Ausgleichsmassnahmen an die Kantone (plus 500 Millionen) – lässt sich die USR III ertragsneutral ausgestalten. Nur so wird sie mehrheitsfähig. Gleichzeitig gilt es sicherzustellen, dass die Kantone den Steuerwettbewerb bei den Unternehmen nicht weiter anheizen.

Susanne Leutenegger Oberholzer,
Nationalrätin BL

Verfahren beschleunigen und gerechter machen

IN DER KOMMENDEN HERBSTSESSION WIRD IM NATIONALRAT DIE NEUSTRUKTURIERUNG DES ASYLBEREICHS DISKUTIERT. ZIEL IST ES, DIE ASYLVERFAHREN ZU BESCHLEUNIGEN UND GERECHTER ZU MACHEN.

Zugegeben, die Debatten über Gesetzesänderungen im Asylbereich sind oft mühsam und aufreibend. Meistens geht es darum, die Gesetzgebung gegen Verschärfungen von rechts zu verteidigen. In der kommenden Herbstsession des Nationalrats steht bereits die achte Änderung des Asylgesetzes innerhalb der letzten zwanzig Jahre zur Diskussion. Dennoch bin ich überzeugt, dass die Neustrukturierung – mit dem Ziel die Verfahren zu beschleunigen – in der heutigen Situation zu unterstützen ist. Es geht vor allem darum, dass Menschen, die in unserem Land ein Asylgesuch stellen, möglichst rasch einen rechtsstaatlichen Entscheid haben. Kernstück dieser Vorlage ist der Rechtsschutz.

Gesetzestechnik und Alltagspraxis

Alle Parteien haben in der Vernehmlassung die Beschleunigung der Verfahren befürwortet. Vor den nationalen Wahlen hat sich die SVP allerdings von diesen Zielsetzungen verabschiedet. In gewohnter Manier poltern ihre Exponenten ohne Anstand und Respekt. Ängste schüren ist seit Jahren ihr erfolgreiches Rezept, um Wahlen zu gewinnen. Diese unverantwortliche Strategie wird in diesem Wahljahr hoffentlich nicht aufgehen, da unsere Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga die aktuellen Fragen mit allen Beteiligten in den Kantonen, Gemeinden und Städten abspricht und nicht davor zurückschreckt, schwierige politische Dossiers innen- und ausserpolitisch anzupacken.

Die aktuelle Gesetzesvorlage wurde an zwei nationalen Konferenzen mit allen Beteiligten besprochen. Klar, solche Gesetzestexte kommen oft sehr technisch daher. Im Alltag beschäftigen uns ganz andere Fragen im Umgang mit Menschen. Wir wissen, dass viele von ihnen – aus akuter Not oder Perspektivlosigkeit – für sich und ihre Familien nach einem besseren Leben suchen. Betrachten wir doch unsere eigene Geschichte. Die Ziele unserer

«Wir haben ein grosses Interesse daran, dass die Menschen schnell wissen, woran sie sind.»

Vorfahren, die vor Jahrzehnten nach Nord- und Südamerika ausgewanderten, waren genau dieselben: überleben, besser leben.

Drei Hauptziele unserer Partei

Die asylpolitischen Schwerpunkte der SP sind klar formuliert. Ich erinnere daran, dass wir 2012 in Lugano an einem Parteitag während zwei Tagen ein sehr umfangreiches Migrationspapier mit unserer Basis diskutiert und verabschiedet haben. Die Zielsetzungen aus diesem Papier gelten denn auch bei der Formulierung unserer Fraktionsziele. Im neuen Legislaturprogramm stehen drei Ziele im Vordergrund. Erstens wollen wir zwischen 2015 und 2019 eine Neustrukturierung mit einem umfassenden Rechtsschutz umsetzen. Zweitens fordern wir, dass die Schweiz – gemeinsam mit anderen europäischen Staaten – Kontingente

von Flüchtlingen aus Bürgerkriegsregionen aufnimmt. Und schliesslich wollen wir, dass vorläufig Aufgenommene einen besseren Rechtsstatus erhalten.

In der offenen und solidarischen Schweiz werden Menschen, die in ihrem Heimatland an Leib und Leben bedroht sind, als Flüchtlinge anerkannt. Wir haben ein grosses Interesse daran, dass die Menschen schnell wissen, woran sie sind. Werden sie als Flüchtlinge anerkannt, muss die Integration sofort beginnen. Diese funktioniert am besten über die Arbeit und das Erlernen einer Landessprache. Als ehemaliger Leiter einer Integrationsschule habe ich persönlich erlebt, dass sich die von Bund und Kantonen finanzierten Integrationsleistungen für alle Beteiligten lohnen.

Andy Tschümperlin, Nationalrat SZ
Präsident der SP-Bundeshausfraktion



Eine asylsuchende Familie aus Serbien im Empfangs- und Verfahrenszentrum (EVZ) für Flüchtlinge in Basel.

Wirtschaft mit Zukunft zur Norm machen

DIE HEUTE DOMINANTE NEOLIBERALE FORM DES WIRTSCHAFTENS STÖSST IMMER DEUTLICHER AN IHRE GRENZEN. DIE HERAUSFORDERUNG BESTEHT DARIN, DIE NACHHALTIGE WIRTSCHAFTSWEISE ZUM GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN GRUNDPRINZIP ZU MACHEN. EIN ERFREULICHER SCHRITT IN DIESER RICHTUNG ERFOLGTE AN DER TAGUNG «WIRTSCHAFT MIT ZUKUNFT» IN BIEL.

Die Tagung «Wirtschaft mit Zukunft» vom 26. Juni hat breite Kreise angesprochen. Rund 150 Teilnehmende, darunter viele SP-Mitglieder, am sozialen Unternehmertum Interessierte und Mitengagierte in demokratischen Unternehmen, liessen sich auf die spannende Mischung von Input-Referaten und Praxisberichten in Workshops ein und setzten sich vertieft mit verschiedenen Bereichen einer zukunftsfähigen Wirtschaft auseinander.

Vorbilder im frankophonen Raum

Wirtschaftsformen, die soziale Ziele und Nachhaltigkeit über Profitmaximierung stellen und sich am Gemeinwohl orientieren, gab es schon immer. An der Tagung in Biel wurden konkret gelebte Beispiele und theoretische Ansätze vorgestellt. Eine wichtige Rolle spielte dabei der frankophone Raum, der interessante Ansätze zu bieten hat. Aus Paris erreichte uns ein Text der sozialistischen Abgeordneten Fanélie Carrey-Conte über das französische Gesetz zur sozialen und solidarischen Ökonomie, das 2014 in Kraft getreten ist. Aus Québec angereist, referierte Geneviève Huot, Forschungsleiterin des «Chantier de l'économie sociale» und hervorragende Kennerin der so-

«Soziale, solidarische und ökologische Unternehmen sollen mit, durch und für Menschen, statt für das Kapital wirtschaften.»

zialen und solidarischen Ökonomie, die mit 7000 Unternehmen, über 150 000 Arbeitsplätzen und einem Anteil von 8 Prozent am BIP in der Provinz Québec (rund 8 Millionen EinwohnerInnen) bereits heute wichtiger Pfeiler der Gesamtwirtschaft ist.

Unidozent und Querdenker Hans A. Wüthrich machte in seinem Referat deutlich, dass die Partizipation und Mitbestimmung der Belegschaft in einem Unternehmen zentraler Bestandteil einer zukunftsfähigen Wirtschaft ist. Wüthrich plädierte für einen ideologiefreien Zugang zum sozialen und demokratischen Unternehmertum. Konkret unterwegs ist «Après-GE», die Genfer Handelskammer für soziales und solidarisches Wirtschaften, die rund 280 Unternehmen und Organisationen unterschiedlicher Grösse vertritt. Das Ziel, die Präsenz und den Einfluss dieser fortschrittlichen Handelskammer auf die gesamte Schweiz auszuweiten, wurde an der Tagung klar zum Ausdruck gebracht.

In vier parallel stattfindenden Workshops wurde zudem über Chancen und Herausforderungen eines sozial-ethischen Bankwesens, genossenschaftlich strukturierte

Unternehmen und Zertifizierungen diskutiert. Ebenfalls vorgestellt wurde die Idee eines durch Pensionskassengelder mitfinanzierten Fonds zum ökosozialen Umbau der Industrie.

«Erklärung von Biel/Bienne»

Abgeschlossen wurde die Tagung mit der Verabschiedung der «Erklärung von Biel/Bienne», in der fünf Leitgedanken festgehalten sind:

1. Die solidarische, demokratische und ökologische Wirtschaft gab es schon immer, sie muss aber neu belebt, ausgeweitet und zur Norm gemacht werden.
2. Die konzeptionelle Identität der Akteure einer zukunftsfähigen Wirtschaft muss in allen Rechtsformen gestärkt werden. Wesentlich sind dabei nachhaltige Ziele, Transparenz, Diversität und demokratisch-partizipative Führung. Die Akteure einer zukunftsfähigen Wirtschaft wollen selbsttragend wirtschaften und Gewinne primär im Unternehmen reinvestieren.
3. Solidarisch, demokratisch und ökologisch zu wirtschaften ist nicht bloss ein betriebswirtschaftliches Konzept; die sozial-ökologische Transformation der Gesellschaft ist das übergeordnete Ziel.
4. Soziale, solidarische und ökologische Unternehmen sollen mit, durch und für Menschen statt für das Kapital wirtschaften.
5. Die Wirtschaft mit Zukunft braucht mehr öffentliche Anerkennung. Soziales Unternehmertum und Gesetzgebung anderer Länder können als Inspiration dienen. An die zahlreichen existierenden Initiativen und Praktiken gilt es auch politisch anzuknüpfen.

Auf www.wirtschaftmitzukunft.ch finden sich Unterlagen und Fotos der Tagung.

Barbara Gysi, Nationalrätin SG
Vizepräsidentin der SP Schweiz



Jean Christophe Schwaab, Stefan Hostettler und Barbara Gysi (v.l.n.r.) an der Tagung «Wirtschaft mit Zukunft» in Biel.

Summer in the Agglo

Der Startschuss zum Könizer SP-Sommer fiel am 27. Mai: Wir lancierten unsere Initiative «Bezahlbar wohnen in Köniz». Und da sich das Sammeln von Unterschriften ja meistens an baulich nicht so aufregenden Bahnhöfen und auf schattenlosen Plätzen vor Einkaufszentren abspielt, machten wir zuerst einen Ausflug in jene Stadt, die uns in genossenschaftlichem Wohnungsbau schon noch ein bisschen was voraushat: Wir besuchten die Genossenschaft Kalkbreite in Zürich. Das inspirierte und motivierte alle Beteiligten und wir schickten uns an, die erforderlichen 2000 Unterschriften zu sammeln!

In Köniz kann das Sammeln von Unterschriften sehr aufregend sein: Am 4. Juli kündigte sich ein bulgarisches Fernsehteam an, um uns beim Sammeln zu filmen. Im Rahmen einer Reportage über die direkte Demokratie in der Schweiz diente «Bezahlbar wohnen in Köniz» als Beispiel, wie eine Initiative zustande kommt.

Wir entsprechen mit unserer Initiative dem Anliegen einer breiten Bevölkerungsschicht, denn schon nach zwei Monaten hat-

ten wir 1700 Unterschriften beisammen. Dafür standen wir doch total 80 Personenstunden lang im Einsatz. Wenn sich mit einer Person ein Gespräch ergab, das über unsere Initiative hinausging, zückten wir natürlich jeweils auch gleich noch den Unterschriftenbogen für die kantonale Initiative «Bewährte Prämienverbilligungen»!

Als Abwechslung kamen uns die Küchentischtreffen der Basiskampagne für die Nationalratswahlen gerade recht, zumal wir mit Markus Willi einen Könizer Nationalratskandidaten ins Rennen schicken. In sieben solcher Treffen konnten wir Mitglieder und SympathisantInnen motivieren, in der heissen Phase des Wahlkampfes mitzuhelfen. Markus stellte sich ihnen als Nationalratskandidat und auch als Gemeindepolitiker auf einer sehr persönlichen Ebene vor. Aber wir konnten dabei auch einfach ungezwungen mit Gleichgesinnten zusammensitzen und diskutieren. Das ist etwas, was in unserer Sektion ein bisschen eingeschlafen und sehr schwierig zu wecken ist: Einfach mal sich über politische Themen unterhal-

ten, ohne dass daraus gleich ein politischer Vorstoss werden muss oder dass ein Mitglied damit rechnen muss, an der nächsten HV in den Vorstand gewählt zu werden! Die Küchentischtreffen entpuppten sich als gesellige Anlässe, die Jung und Alt ansprachen. Die jüngste Person, die sich fürs Telefonieren anmeldete, ist gerade mal 16 Jahre alt.

Wir werden nun auch die Herbstphase dieser Kampagne nutzen, um mit unseren Mitgliedern und SympathisantInnen im Gespräch zu bleiben. Wenn wir sie in den nächsten Wochen anrufen, um diejenigen, die nicht an den Küchentischtreffen teilnahmen, für die Basiskampagne zu motivieren, können wir sie auch gleich fragen, ob sie uns ihre Initiativbogen zurückgeschickt haben und ob sie bei einer lokalen Wahlaktion für Markus Willi mithelfen wollen. Einmal mehr hat sich gezeigt, dass das persönliche Gespräch die Menschen am meisten motiviert, sich zu engagieren!

Käthi von Wartburg, Co-Präsidentin SP Köniz



Genossenschaft Kalkbreite



Küchentischtreffen mit Nationalratskandidat Markus Willi



Bulgarisches Fernsehteam im Gespräch mit SP-Parlamentarier Christian Roth

EIN EINLINKS SO

EIDGENOSSEN!

DER RÜTLISCHWUR DER ARBEITERBEWEGUNG



125 Jahre SP Kanton Solothurn: Momentaufnahmen
125jahre.sp-so.ch

Wir stellen die Machfrage
und stellen die Macht in Frage



EIN FREISINNIGER MARXIST

GRÜNDET ARBEITERPARTEI



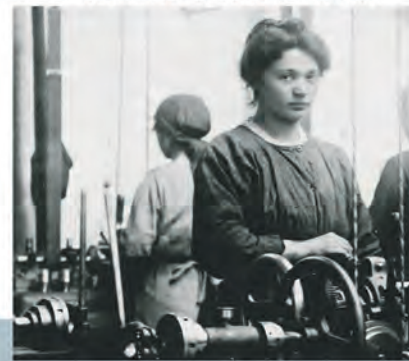
125 Jahre SP Kanton Solothurn: Momentaufnahmen
125jahre.sp-so.ch

Wir stellen die Machfrage
und stellen die Macht in Frage



GLEICHE RECHTE FÜR MANN UND FRAU!

PARTEIPROGRAMM DER SP SOLOTHURN VON 1897



125 Jahre SP Kanton Solothurn: Momentaufnahmen
125jahre.sp-so.ch

Wir stellen die Machfrage
und stellen die Macht in Frage



Momentaufnahmen aus 125 Jahren SP Kanton Solothurn



Hans Affolter, von
1917 bis 1931 der erste
Solothurner SP-Regie-
rungsrat.

Die ursprüngliche Idee: Eine Plakatserie zur 125-jährigen Geschichte der SP des Kantons Solothurn. Der von Regierungsrat Peter Gomm eingebrachte Vorschlag wurde aufgegriffen und zusätzlich um Texte und Web-Videos erweitert. Das Resultat ist eine ansprechende kleine Serie mit multimedialen historischen Solothurner Momentaufnahmen.

Die Plakate für sich allein sind, was Plakate sein sollen: nämlich plakativ. Sie laden aber hoffentlich ein, auf der Website die Geschichte dahinter zu lesen oder das dazugehörige Video anzuschauen.

Vom Umfang her sind die Momentaufnahmen nicht vergleichbar mit dem geradezu epochalen Werk des leider verstorbenen Historikers Jean-Maurice Lätt, das vor 25 Jahren unter dem Titel «120 Jahre Arbeiterbewegung des Kantons Solothurn»* erschien und auch heute noch sehr lesenswert ist.

Aber auch hinter den Momentaufnahmen zum 125-Jahr-Jubiläum der Parteigründung steht ein verdienter Historiker: Ohne die Hilfe von Peter Heim, der sich seit vielen Jahren mit der Geschichte der Industrialisierung und der Arbeiterbewegung im Kanton Solothurn befasst, wäre die

Serie nicht in dieser Form zustande gekommen. In den Videos gibt Peter Heim sein Wissen teilweise an Schauplätzen des Geschehens weiter. Wer schon einmal eine Führung von Peter Heim erlebt hat, beispielsweise durch das Bally-Areal in Schönenwerd, schätzt die lockere Art und Weise, wie er Geschichte vermittelt und Brücken zwischen Vergangenheit und Gegenwart schlägt.

«Ein freisinniger Marxist gründet Arbeiterpartei»

Die SP des Kantons Solothurn wurde am 14. September 1890 als «kantonale Arbeiterpartei» im heute nicht mehr existierenden «Café de la Poste» in Solothurn gegründet. Die erste Momentaufnahme schildert die Vorgeschichte der Gründung und erklärt beispielsweise, warum Hammer und Sichel damals bei den bürgerlichen Grütlianern gängige und beliebte Symbole waren. «Ein freisinniger Marxist gründet Arbeiterpartei» lautet die Headline der Momentaufnahme, die sich mit dem Parteigründer Wilhelm Fürholz befasst. Text und Video erklären unter anderem, warum an der ersten 1.-Mai-Feier im Kreuz in Solothurn drei Freisinnige als Redner auftra-

ten, die der Meinung waren, auch die liberale Partei sei der Arbeiterschaft und dem sozialen Fortschritt verpflichtet.

Die erste Solothurner SP-Nationalrätin

Das Plakat zum Thema Gleichberechtigung erinnert daran, dass die Solothurner Sozialdemokraten bereits 1897 energisch gleiche Rechte für Mann und Frau forderten. Das Video macht allerdings einen grossen Zeitsprung in die Gegenwart und lässt Ursula Ulrich und Lucie Hüsler zu Wort kommen. Die beiden gehören zu den ersten Solothurnerinnen, die sich an nationalen Wahlen beteiligen konnten. Interessante Nebenbemerkung zu diesem Thema: Während die in Olten aufgewachsene Liliane Uchtenhagen in Zürich bereits 1971, also im Jahr der Einführung des Frauenstimmrechts, in den Nationalrat einziehen konnte, dauerte es im Kanton Solothurn bis 1987, bis Ursula Ulrich als erste Solothurner SP-Politikerin die Wahl schaffte.

Jacques Schmid, der «rote Mephisto» und «Sozialhalunk»

Eine Folge ist Jacques Schmid gewidmet. Niemand hat die SP des Kantons so nachhaltig geprägt wie Jacques Schmid. 1911 hatte er in Olten seine Arbeit als Redaktor des SP-Organs «Neue Freie Zeitung» aufgenommen. Der leidenschaftliche Journalist und glühende Sozialist hat die Auseinandersetzung nie gescheut. In der gegnerischen Presse als «roter Mephisto» oder «Sozialhalunk» verunglimpft, geriet der spätere Regierungsrat und langjäh-

* Jean-Maurice Lätt, 120 Jahre Arbeiterbewegung des Kantons Solothurn, Chronos

TÖDLICHE SCHÜSSE IN GRENCHEN

ARMEE ERSCHIESST 3 ARBEITER



125 Jahre SP Kanton Solothurn: Momentaufnahmen
125jahre.sp-so.ch

Wir stellen die Machtfrage
und stellen die Macht in Frage



DER «ROTE MEPHISTO» WIRD REGIERUNGSRAT

EIN ZÜRCHER SCHREIBT SOLOTHURNER GESCHICHTE



125 Jahre SP Kanton Solothurn: Momentaufnahmen
125jahre.sp-so.ch

Wir stellen die Machtfrage
und stellen die Macht in Frage



SP-REGIERUNGSRAT VERTEIDIGT GÖSGEN

DER GENERATIONENSTREIT UM DIE ATOMKRAFT



125 Jahre SP Kanton Solothurn: Momentaufnahmen
125jahre.sp-so.ch

Wir stellen die Machtfrage
und stellen die Macht in Frage



rige Nationalrat auch in den eigenen Reihen immer wieder zwischen die Fronten.

Armee erschießt drei Arbeiter in Grenchen

Auch die tödlichen Schüssen während des Generalstreiks von 1918 in Grenchen sind ein Thema. Im Video schildert die junge Historikerin Edith Hiltbrunner die dramatischen Ereignisse an verschiedenen Schauplätzen in Grenchen. Edith Hiltbrunner gehört zu einer jungen Generation von HistorikerInnen, die sich von keiner Partei vereinnahmen lassen und sich mit der Geschichte möglichst vorurteilsfrei befassen möchten.

Der Generationenwechsel, der die Partei im Laufe 1970er- und 1980er-Jahre vitalisiert, aber auch erschüttert hatte, ist das Thema der letzten Momentaufnahme. Mitten drin der so prägende und in weiten Kreisen verehrte Solothurner Bundesrat Willi Ritschard, dem die Auseinandersetzungen sehr zu schaffen machten.

«Wir stellen die Macht in Frage»

Auf allen Plakaten ist der Slogan «Wir stellen die Machtfrage, wir stellen die Macht in Frage» zu finden. Das Plakat mit dem Kühlturm und den Polizisten in Kampfmontur stellt den Spannungsbogen dieses Slogans anschaulich dar: Ein SP-Polizeidirektor muss ein umstrittenes Grossprojekt, das Atomkraftwerk Gösgen, das übrigens von führenden SP-Politikern vorangetrieben wurde, gegen die eigene Basis verteidigen. Wer die Macht anstrebt oder Teil der Staatsmacht ist,

kann in solche Konflikte geraten, muss mit ihnen leben und umgehen lernen.

Die Momentaufnahmen sind nüchterne Betrachtungen, die viel Spielraum für eigene Gedanken lassen. Er werden keine Parteigrößen zu Helden emporstilisiert. Viele prägende und wichtige Figuren fehlen in der Serie. Aber die Geschichte der SP und der Arbeiterbewegung im Kanton Solothurn bietet ohnehin noch viel Stoff, der darauf wartet, von Historikern und Historikerinnen aufgearbeitet zu werden. So befasst sich beispielsweise Peter Heim nicht nur mit Jacques Schmid, zu dessen Person eine neue und ausführliche Publikation längst fällig wäre, sondern auch mit Dina Schmid, die im Schatten ihres Mannes stand und über die nur wenig bekannt ist.

Jacques Schmid in Aschis Garten

In einer privaten Diskussion, bei der es um die Geschichte der Eisenbahnerstadt Olten ging, warf der 2009 verstorbene Gewerkschafter und damalige Ständerat Aschi Leuenberger etwas unwirsch ein: «Was wir heute brauchen, sind Hightech-Arbeitsplätze und nicht Museen für alte Dampflokomotiven.» Wir verstehen die Botschaft: Die Herausforderungen der Gegenwart sind wichtiger als historische Nabelschau. Interessanterweise steht in Aschis ehemaligem Garten noch heute ein kleines Denkmal für Jacques Schmid. Weil niemand wusste, wohin mit dem Monument, das die SP das Kantons Solothurn 1961 im Andenken an Schmid in Auftrag gege-

ben hatte, gewährte Aschi ihm einen Ehrenplatz in seinem Garten. Er wusste, was die Arbeiterbewegung und die SP dem langjährigen «Chefstrategen» zu verdanken hatten. Nein, es gibt und es braucht kein SP-Kanton-Solothurn-Museum, aber Leute wie Jacques Schmid und Aschi Leuenberger verdienen einen Ehrenplatz in Herzen und Gärten.

Eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte ist eine nicht zu unterschätzende Kraftquelle. Den Mitgliedern der Partei möchte man gerade in diesem Wahljahr zurufen: Seid stolz auf eure Geschichte, habt Respekt vor den Leistungen der Männer und Frauen, die vor euch waren. Aber dann: Ärmel nach hinten und an die Arbeit!

Die Momentaufnahmen zu 125 Jahren SP Kanton Solothurn net:
125jahre.sp-so.ch



Martin Schaffner betreibt in Olten sein eigenes Web-Büro Webcontext
schaffner@webcontext.com



Wahlmaterial von 1928

Editorial

WORAUF KOMMT'S AN?

In zwei Monaten sind die Wahlen vorbei. Sind die Karten also schon gemischt? Was bringen Flugblätter, Standaktionen und teure Inserate noch in den nächsten Wochen? Zählt nicht doch eher das, was in den letzten Jahren geleistet und erreicht wurde?

Vor 20 Jahren war ich zum ersten Mal Nationalratskandidat. Wer schon einmal kandidiert hat, weiss: Diese Frage darf man nicht stellen. Man muss Vollgas geben; denn jede Stimme zählt – für einen selbst und für die Partei. Während man als Kandidat_in für den Wahlkampf lebt, kümmern sich viele nicht um die anstehenden Wahlen. Deshalb reden alle Parteien von Mobilisierung. Mobilisieren kann man mit Themen. Kurzfristig am besten, wenn man den Menschen Angst macht, sich als Retter in der Not aufspielt und einfache Lösungen verspricht. Mobilisieren kann man kaum noch mit Konzepten und Visionen. Dafür reichen ein paar Wochen oder Tage nicht. Mobilisieren kann man vor allem mit persönlichen Kontakten. Und das können wir alle, nicht nur unsere Kandidierenden. Heute gilt wie vor 20 Jahren: Die Wahlen gewinnen oder verlieren wir gemeinsam. Denn wir haben alle nicht nur eine Stimme, sondern so viele, wie wir Wählerinnen und Wähler im Bekanntenkreis für die SP holen können. Und dafür braucht es keine 60 Tage, sondern ein Gespräch oder ein Telefon im richtigen Moment. Spätestens, bevor wir in die Herbstferien verreisen.

Urs Hofmann von Aarau ist SP-Regierungsrat und 2015 Landammann des Kantons Aargau.



Wenn das Gesundheitswesen privat wird



Cédric Wermuth von Zofingen ist SP-Nationalrat und Co-Präsident der SP Kanton Aargau. Er kandidiert im Oktober wieder für den Nationalrat.

Vor den Sommerferien liess die grüne Regierungsrätin Susanne Hochuli eine kleinere Bombe platzen: Sie könne sich eine Privatisierung der Aargauer Spitäler durchaus vorstellen, erklärte sie. Offenbar spukt der neoliberale Geist bei der Aargauer Regierung in den Sitzungszimmern öfter, als man es nach dem Totalzusammenbruch dieser Ideologie nach 2008 erwartete.

Was das neoliberale Programm im Gesundheitswesen für eine Gesellschaft bedeutet, konnte ich diesen Sommer in Griechenland beobachten. Die von der Eurogruppe erzwungenen Massnahmen treffen die Schwächsten der Gesellschaft hart. So wurde der Selbstbehalt bei Medikamenten in den letzten Jahren auf 25 Prozent verfünffacht. Medikamente sind für chronisch Kranke und für

Rentner_innen mit 300 Euro monatlich unerschwinglich. Mit den «Spar»massnahmen im öffentlichen Gesundheitswesen kollabieren die öffentlichen Spitäler. Auf Operationen muss teilweise monatelang gewartet werden. Frustrierte Ärzte nutzen die Situation aus und erpressen Schmiergelder, erzählten mir Betroffene.

Abgeordnete der Syriza, Ärztinnen und Ärzte, Apothekerinnen und Apotheker und einfache Bürger haben nun begonnen, so genannte Solidaritätskliniken zu gründen. In diesen Kliniken werden notleidende Menschen kostenlos behandelt. Eine solche Klinik im Athener Stadtteil Omonia konnte ich besuchen. Über 80 Freiwillige arbeiten hier jeden Tag gratis. Als wir frühnachmittags in dem Gebäude ankommen, warten bereits 60 Personen in dem überfüllten kleinen Wartezimmer bei weit über 40 Grad Hitze. Viele dieser Menschen besaßen vor wenigen Jahren noch ein Haus, ein Auto und hatten einen festen Job. Jetzt sind sie auf Medikamentenspenden aus dem Ausland angewiesen und

warten still und oft beschämt. Hier wird greifbar, was der griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras meint, wenn er sagt, die Griechinnen und Griechen hätten in dieser Zeit ihre Würde verloren.

Die Szene erinnerte mich an die Bilder der Suppenküchen aus der Zwischenkriegszeit, die man uns in der Schule gezeigt hat. Der Vergleich zeigt: Auch hier leiden Menschen, weil die politische Elite in Europa (und die Vorgängerregierungen in Athen) knallhart die Interessen der Finanzbranche gegen die Interessen der Menschen durchgesetzt hat. Das griechische Drama ist viel weniger ein ökonomisches als ein politisches Versagen: Folge einer jahrzehntelangen (von den europäischen Machthabern protegierten) Klientelwirtschaft, gepaart mit einer zynischen, neoliberalen Versuchsanlage. Für die reichen Griechen und die privaten Gesundheitsanbieter mag sich das Experiment gelohnt haben, für uns alle anderen muss es ein Mahnmal dafür sein, wie wichtig die öffentliche Kontrolle über den Gesundheitssektor ist.



Langzeitpflege sichern

DIE SP60+ HAT ZUR UNTERSTÜTZUNG DER KANDIDATINNEN UND KANDIDATEN IM WAHLKAMPF EIN KURZARGUMENTARIUM MIT KONKRETEN GESUNDHEITSPOLITISCHEN FORDERUNGEN ERARBEITET.

Die SP60+ hat ihre gesundheitspolitischen Forderungen für den Wahlkampf 2015 formuliert. Die Arbeitsgruppen «Gesundheit» und «Soziales» haben sich intensiv mit den aktuellen Problemen der Pflege und der Betreuung der hochaltrigen Bevölkerung, den Mängeln in der heutigen Versorgung und der Finanzierung der Pflege- und Betreuungskosten auseinandergesetzt. Zur Unterstützung der Kandidatinnen und Kandidaten im Wahlkampf haben sie ein Kurzargumentarium mit konkreten gesundheitspolitischen Forderungen – insbesondere



Elsbeth Wandeler, SP60+
Leiterin AG Gesundheit

zur Pflegefinanzierung – erarbeitet (siehe unten). Das hochentwickelte Gesundheitswesen beschert nicht nur Industrie und Pharma satte Gewinne, es verlängert auch die Lebenserwartung der Bevölkerung. Trotzdem können sich nicht alle eines beschwerdefreien Alters erfreuen, sondern sehen sich zunehmend mit multiplen Krankheiten und Gebrechen, aber auch mit sozialen Herausforderungen konfrontiert und sind auf professionelle Pflege und Unterstützung durch die Angehörigen angewiesen. Es ist der SP60+ ein wichtiges Anliegen, dass

die zunehmende Hochaltrigkeit unserer Gesellschaft nicht nur beklagt, sondern mit konkreten Forderungen im Wahlkampf thematisiert wird. Es darf nicht sein, dass die Sparschraube einseitig bei den alten, gebrechlichen und pflegebedürftigen Menschen angezogen wird. In der kommenden Legislatur werden wichtige Weichen gestellt, sei es bei der Revision der Ergänzungsleistungen oder bei der Nachbesserung der Pflegefinanzierung. Die SP60+ zählt darauf, dass diesen Themen sowohl im Wahlkampf als auch in der Ratsarbeit grosse Bedeutung zukommt.

Keine Diskriminierung von alten und pflegebedürftigen Menschen

Die Finanzierung der Langzeitpflege muss gleichermaßen gewährleistet werden wie die Finanzierung der Akutversorgung. Die Finanzierung muss gemeinsam von der obligatorischen Krankenversicherung und der öffentlichen Hand sichergestellt werden. Pflegebedürftige Menschen dürfen nicht sozialhilfeabhängig werden.

Qualität in der Langzeitpflege muss gesichert werden

Betriebsbewilligungen für Pflegeheime und Spitex-Organisationen müssen an verbindliche und überprüfbare Qualitätskriterien gebunden werden.

Pflegende Angehörige müssen substanziiell unterstützt werden

Es genügt nicht, Entlastungsangebote für pflegende Angehörige bereitzustellen. Ihre Hilfe muss als Leistung

an der Gesellschaft gewertet und entgolten werden. Die Hilfslosen- und Assistenzentschädigungen sowie die Betreuungsgutschriften sind entsprechend anzupassen und der Zugang zu vereinfachen. Dazu braucht es eine offensive Informationspolitik über die Verfahren und Anspruchsbedingungen durch die zuständigen Behörden.

Das Finanzierungssystem muss vereinfacht und die Bürokratie abgebaut werden

Anstelle der heutigen komplexen Finanzierungssysteme nach Einzelleistungen sollte ein Vergütungssystem mit Pauschalen angestrebt werden. Die Höhe der Pauschale ist mit einem anerkannten Bedarfsabklärungsinstrument festzulegen. Neben den Pflegekosten müssen auch die Betreuungskosten gemeinsam von der obligatorischen Krankenkasse und

der öffentlichen Hand getragen werden. Die Kosten für Hotellerie gehen zu Lasten der Bewohnerinnen und Bewohner. Das Finanzierungssystem muss zwingend zwischen den Kantonen harmonisiert werden.

Die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung ist eine Leistung des Service public und muss für alle zugänglich und bezahlbar sein

Der Zugang zur medizinischen und pflegerischen Versorgung und zur Unterstützung im Alter muss unabhängig von sozialer Situation und Herkunft sichergestellt sein. Dafür braucht es dezentrale und interdisziplinäre Gesundheitszentren, welche eine ambulante Erstversorgung sicherstellen, pflegerische Angebote vermitteln, Informations- und Koordinationsaufgaben übernehmen und Anlaufstelle für pflegende Angehörige bilden.

KURZARGUMENTARIUM



GEHT WÄHLEN!

Am 18. Oktober werden wir unsere Vertreterinnen und Vertreter ins Parlament wählen. Das stellt eine grosse Chance dar – politische Weichen können neu gestellt werden, wir Stimmbürgerinnen und Stimmbürger können ein Zeichen setzen und uns politisch einbringen. Wer im Parlament sitzt, hat viele Möglichkeiten: er oder sie kann über Gesetzesvorlagen abstimmen, Vorstösse durchwinken oder abblocken. Jene, die uns im Parlament vertreten, müssen deshalb wohlbedacht (aus)gewählt werden. Die Gelegenheit mitzubestimmen, wer uns auf nationaler Ebene politisch vertritt, erhalten wir alle vier Jahre. Dieses Jahr müssen wir diese Chance unbedingt nutzen. Denn nur wenn möglichst viele Personen wählen, kommt in der Schweiz eine lebendige Demokratie zustande, die sich aus verschiedenen Meinungen und Gesichtern zusammensetzt! Wir können auch bestehende Ungleichheiten ausmerzen. Wir können zum Beispiel mehr Frauen, mehr Menschen ausländischer Herkunft oder mehr Menschen mit einer körperlichen Beeinträchtigung ins Parlament wählen. Insbesondere bei den Frauen wäre das auch dringend nötig: Obschon Frauen mehr als die Hälfte der Schweizer Bevölkerung ausmachen, sind sie im Parlament massiv untervertreten. Gerade mal 9 von 46 Sitzen im Ständerat sind aktuell von Frauen besetzt. Der Nationalrat besteht zu gut zwei Dritteln aus Männern: Nur 62 von 200 Sitzen sind von Frauen besetzt. Wenn wir wollen, dass Frauen und Männer bei Berufswahl, Entlohnung, Arbeitsrecht und Vereinbarkeit von Familie und Beruf gleichgestellt werden, müssen wir auch dafür sorgen, dass beide Geschlechter gleichermassen im Parlament vertreten sind. Also geht am 18. Oktober wählen!

Yvonne Feri, Präsidentin SP Frauen



Mehr als 40 Jahre nach Einführung des Frauenstimmrechts sind die Frauen im Parlament immer noch stark untervertreten.

Schweizerisches Sozialarchiv

Frauen wählen!

FRAUEN MACHEN DIE HÄLFTE DER BEVÖLKERUNG AUS. TROTZDEM SIND DIE POLITISCHEN MACHTVERHÄLTNISSE MEHR ALS VIERZIG JAHRE NACH EINFÜHRUNG DES FRAUENSTIMMRECHTS NOCH IMMER SEHR EINSEITIG.

Gegenwärtig sind die Frauen im Parlament mit 19,6 Prozent im Ständerat und 31 Prozent im Nationalrat stark untervertreten. Wie wir alle wissen, sind Frauen jedoch nicht selten sensibler für Gleichstellungsthemen. Eine Zunahme der Frauenvertretung im Parlament würde deshalb allen zugute kommen.

In der letzten Legislatur wurden verschiedene wichtige Themen auf die politische Agenda gesetzt: Lohngleichheit, (Re-)Integration der Frauen auf dem Arbeitsmarkt, Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder auch die Erhöhung des Frauenanteils in Verwaltungsräten und auf Direktionsebene. Das sind gute Nachrichten, denn Massnahmen in diesen Bereichen helfen, eine bessere Gleichstellung von Frauen und Männern zu erreichen.

Trotzdem kommt es nicht selten vor, dass die Gleichstellungsdebatte mit Scheuklappen geführt wird. Es werden vor allem dort Mittel zur Verfügung gestellt, wo sich die Gleichstellungspolitik als rentabel erweist. So wird sie zu einem rein wirtschaftlichen Interesse, obwohl die Gleichstellung von Frauen und Männern in erster Linie ein verfassungsmässig verankertes Recht ist.

Im Nationalrat wurden zwischen 1996 und 2011 mehr als 75 Prozent der politischen Geschäf-

te, die die Gleichstellungspolitik betreffen, von Frauen lanciert. Dabei wurden 67 Prozent von linken Parteien eingereicht. Die spezifischen Interessen der weiblichen Bevölkerung – besonders im Bereich der Gleichstellungs- und Familienpolitik – werden also in erster Linie von den gewählten Frauen vertreten.

Oftmals geht man davon aus, dass die Gleichstellungspolitik einzig zum Ziel hat, die Frauen den Rückstand aufholen zu lassen, den sie namentlich in der Arbeitswelt den Männern gegenüber haben. Doch wer die Gleichstellung nur unter diesem Blickwinkel betrachtet, lässt ausser Acht, dass auch die Männer die Folgen einer gleichstellungsfeindlichen Politik tragen müssen. Ein Beispiel dafür sind Männer, die mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen möchten. Ein familien-gerechter Elternschaftsurlaub ist leider noch immer nicht Realität.

Eine bessere Gleichstellung zu erreichen, muss ein gemeinsames Anliegen von Frauen und Männern sein. Ein erster unumgänglicher Schritt, um dieses Ziel zu erreichen, ist eine ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern im Parlament.

Anita Balz, Zentralsekretärin SP Frauen

FRAUEN IN GLEICHSTELLUNGSFRAGEN BESONDERS AKTIV

Im Nationalrat werden drei Viertel aller Geschäfte, die die Gleichstellungspolitik betreffen, von Frauen lanciert. Zwischen 1996 und 2011 wurden die Anliegen zu 67 Prozent von linker Seite eingereicht.

SCHWEIZERINNEN WÄHLEN – UND WÄHLEN FRAUEN! SCHWEIZER AUCH.

«Frauen wählen» ist ein Projekt der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen EKF und der in ihr vertretenen schweizerischen Frauendachverbände. Wir engagieren uns, damit am 18. Oktober 2015 mehr Frauen an die Urne gehen und mehr Frauen ins Parlament gewählt werden.

www.frauen-waehlen.ch



Linke Heimat in der Agglo

VOR FAST EINEM JAHR HAT DIE SP SCHWEIZ DAS PROJEKT «STARKE SP IN DER AGGLO» LANCIERT. EINE ZWISCHENBILANZ.

Bereits bei der Lancierung des Projekts war klar: Wir werden keine Patentrezepte präsentieren, sondern jede Sektion individuell betrachten. Die Vielfalt hat uns dann aber doch überrascht: Es gibt Sektionen, die über hundert Mitglieder haben, aber vor einer strategischen Neuausrichtung stehen. Andere müssen wegen einer baldigen Vakanz in der Exekutive neue Leute aufbauen, und wieder andere sind unsicher, mit welchem Thema und welcher dazugehörigen Forderung sie ihr Profil schärfen können. Trotz all den Un-

«Wir wollen mehr Lebensqualität in die Agglo bringen.»

terschieden, etwas verbindet die Agglo-Sektionen: Für eine erfolgreiche Politik brauchen sie personelle Ressourcen. Menschen zu finden, die sich freiwillig engagieren, ist für die SP in der Agglo zwar nicht einfach, aber möglich. Bei der Aktivierung von Sympis und der Neumitgliederwerbung möchten wir im nächsten Jahr denn auch einen Akzent setzen. Kürzlich sagte jemand am Ende eines Sektionsbesuchs: «Wir wissen eigentlich gar nicht so genau, was die Leute in der Gemeinde bewegt. Sie verschwinden

immer so schnell ins Private.» Mit dem Aggloprojekt wollen wir mehr Lebensqualität in die Agglo bringen und eine linke Heimat schaffen. Ob mit einer Fussgängerzone, einem Spielplatz-Projekt oder einer Wohngenossenschaft – man soll sich treffen, sich austauschen, miteinander diskutieren. Im Herbst wollen wir die Sektionen ein zweites Mal besuchen. Nach der Auslegeordnung in der ersten Phase geht es nun darum, ein Projekt zu konkretisieren.

David Roth, Leiter Agglomerationsprojekt SP Schweiz



Auf die SP Grenchen kommen vielseitige Herausforderungen zu. Trotz dem immer noch hohen Wähleranteil von 31 Prozent haben wir einen Mitgliederverlust zu beklagen und müssen – nach dem Verlust des Stadtpräsidiums – unsere neue Rolle im Gemeinderat erst noch finden. Mit dem Agglo-Projekt wollen wir unsere Basis stärken und die Partei wieder aufwärts führen. Die «Aussensicht», die wir durch die Agglo-Verantwortlichen erhalten haben, war für uns äusserst wertvoll und wird uns auch bei der weiteren Umsetzung unseres Legislaturprogramms 2014–2017 nützlich sein.

Remo Bill, Präsident und Fraktionschef SP Grenchen



Belp ist in den letzten Jahren stark gewachsen. Viele Leute sind von der Stadt Bern in unsere Agglo-Gemeinde gezogen. Ein Potenzial zum Gewinnen von neuen Mitgliedern und Sympathisanten ist in Belp also gewiss vorhanden. Um unserem Mitgliederschwund entgegenzuwirken, haben wir vor ein paar Jahren in einer aufwendigen Aktion alle NeuzuzügerInnen, JungbürgerInnen und Eingebürgerte angeschrieben. Doch trotz einer sympathischen Anschrift in unaufdringlicher Form blieb der Erfolg aus. Mit dem Agglo-Projekt setzt die SP Schweiz am richtigen Ort an. Die professionelle und motivierende Begleitung hat uns neue Impulse gegeben. Wir sind überzeugt, im zweiten Anlauf erfolgreich zu sein.

Stefan Neuenschwander, Vorstand SP Belp



Gossau ist mit 18 000 EinwohnerInnen die grösste St. Galler Agglo-Gemeinde. Die SP ist die kleinste Partei und erreichte im Parlament erst bei den letzten Wahlen Fraktionsstärke. Unser politisches Engagement ist gross, die Mitgliederzahl jedoch immer noch sehr gering. Das Agglo-Projekt der SP Schweiz hilft uns dabei, unsere Basis zu vergrössern. Besonders gefreut hat mich das Interesse des Westschweizer Fernsehens am Projekt. Ich konnte dem Filmteam die Situation in Gossau aufzeigen und zusammen mit Ausschnitten aus unserer Versammlung entstand ein interessanter Beitrag. Die aktuellste Erfolgsmeldung: Die SP wird 2016 im Parlament erstmals das Vizepräsidium besetzen.

Ruedi Blumer, Präsident SP Gossau und Kantonsrat

SCHWEIZERISCHE EUROPAPOLITIK UND NATIONALISMUS

Für eine Doppelstrategie der

DAS «REFORMPAKET FÜR BESSERE LEBENSBEDINGUNGEN» DER SP SCHWEIZ WILL DIE RETTUNG DER BILATERALEN BEZIEHUNGEN DER SCHWEIZ ZUR EU ERMÖGLICHEN: DIESE IST OHNE GRIFFIGE FLANKIERENDE MASSNAHMEN NICHT ZU ERREICHEN. PROGRAMMATISCH HAT SICH DIE SP DAMIT GUT POSITIONIERT. NICHT VERGESSEN SOLLTE MAN DANEBEN DEN NATIONALISMUS, SAGT GRET HALLER. AUCH HIER IST DIE SP GEFORDERT.

In der Europäischen Union wird die Solidaritätsfrage immer virulenter. Eine verbindliche Zuteilung von Flüchtlingen ist bislang an vielen mitteleuropäischen Ländern und den Briten gescheitert. Und in der Euro-Zone verlangt das Ungleichgewicht zwischen dem Norden und dem Süden immer ultimativer nach einer grundlegenden Neuorientierung. Dies alles kann der Schweiz nicht egal sein. In der Flüchtlingsfrage ist sie sogar selber involviert. Von Krisen der EU ist die Schweiz direkt betroffen, denn sie wirken sich auf die bilateralen Verhandlungen aus. Aber die schicksalshässliche Verbindung der Schweiz mit Europa und der EU geht weit über die wirtschaftlichen Beziehungen hinaus. Sie umfasst auch eine Zugehörigkeit zu den Grundwerten dieses Kontinents.

Europäische Grundwertesolidarität

Nach der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges wurde die Europäische Menschenrechtskonvention EMRK ausgehandelt und in Kraft gesetzt. Wenig später sicherten sich die sechs Gründerstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft die gegenseitige Freiheit des Personenverkehrs zu, eine der Grundlagen der Europäischen Union. Personenfreizügigkeit beruht auf demselben Menschenbild wie die EMRK: Innerhalb einer rechtlich verbundenen Solidargemeinschaft sollen Freiheit und Würde allen Menschen gleichermaßen zustehen, unabhängig von ihrer nationalen Zugehörigkeit. Diese Errungenschaften der Fünfzigerjahre dienen dem einen Ziel: übersteigerte nationale Identität zu überwinden und den Nationalismus durch das langsame Entstehen einer europäischen Grundwertesolidarität einzudämmen.

Grundwerte kommen dann zum Tragen, wenn sie zu einer gemein-



Gret Haller war SP-Gemeinderätin in Bern, Nationalrätin und später Menschenrechtsbeauftragte der OSZE in Sarajewo. Sie ist Präsidentin der Schweizerischen Gesellschaft für Aussenpolitik www.sga-aspe.ch

samen politischen Identität werden. Wenn junge Spanier nach Deutschland reisen und dort mit polnischen Kolleginnen und Kollegen und solchen aus der Schweiz zusammenarbeiten, wird genau dies praktisch gelebt. Personenfreizügigkeit ist ein Freiheitsrecht für die Bewohner all jener Länder, welche diese Freiheit vereinbaren – heute ein Freiheitsrecht auch für Schweizerinnen und Schweizer. Und vor allem ist es eine grenzüberwindende Lebensform gegen den Nationalismus.

Man kann nicht gegen die Personenfreizügigkeit sein, ohne an der europäischen Grundwertesolidarität als Ganzem zu rütteln. Deshalb hat die SVP nun auch eine Initiative zur Kündigung der EMRK gestartet. Schon nach der Abstimmung über die Einwanderungsinitiative hatte sie sich offen als Gegnerin der Bilateralen geoutet. Offensichtlich war die Ausländerfrage nur als Instrument gedacht, um sich aus Europa auszuklinken. Fundamentalkritik an der EU und Ablehnung des internationalen Schutzes der Menschenrechte beruhen auf derselben Geisteshaltung, nämlich auf ganz gewöhnlichem Nationalismus. Dies sollte man nicht ignorieren, wenn es um die Rettung der Bilateralen geht.

Flankierende Massnahmen und Nationalismus

Der Streit über flankierende Massnahmen zur Erhaltung der Bilateralen findet auf der parteipolitischen Achse zwischen links und rechts statt. Diese traditionelle Polarität zwischen links und rechts wird aber überlagert durch eine zweite Achse, auf der sich Solidarität mit den europäischen Grundwerten und ganz gewöhnlicher Nationalismus gegenüberstehen. Die beiden Achsen liegen jedoch nicht parallel. Zwar steht Nationalismus immer rechts. Strömungen des politischen Libe-

ralismus, die sich «Mitte-rechts» ansiedeln, verstehen sich aber keineswegs als nationalistisch. Sie wollen wirtschaftlich über die Landesgrenzen hinaus tätig sein und benötigen dafür generell gute Aussenbeziehungen. Zwar beschränken sich einige ihrer Vertreter auf rein wirtschaftliche Vor- und Nachteilsberechnungen. Andere aber treten darüber hinaus für ein Europa der Grundwerte ein und anerkennen auch den politischen Beitrag der EU gegen jede Form des Nationalismus. Die Achse Nationalismus–Europa liegt also quer über der Links-rechts-Polarität. Oder etwas anschaulicher: Wenn links–rechts logischerweise eine waagrechte Linie bildet, dann verläuft die Achse Nationalismus–Europa senkrecht. Oben die Europa-Offenheit mit unverkrampftem Blick über die Landesgrenzen hinaus und unten die Niederungen des Nationalismus, welcher Euro-



SP Schweiz

pas Grundwertesolidarität offen bekämpft. Auf dieser senkrechten Achse gibt es nun aber leider so etwas wie eine Schwerkraft: Wenn man nicht durch Aufklärungsarbeit aktiv zur Europa-Offenheit beiträgt – indem man die Europa-Offenheit immer wieder thematisiert – kann es die Stimmberechtigten in ihrer individuellen Meinungsbildung nach unten ziehen. Warum das?

In allen europäischen Ländern baut die nationalistische Strategie vor allem auf wirtschaftliche Verlierer-Ängste. Schuld an den drohenden Verlusten sei die EU, welche Einwanderer ins Land bringe, die der einheimischen Bevölkerung Arbeit, Sozialversicherungsleistungen und Wohnraum wegnehmen würden. Verschwiegen wird dabei, dass ein wirksamer Schutz gegen Globalisierungsverluste – wenn überhaupt – nur auf EU-Ebene eingerichtet werden kann. Verschwiegen wird in der Schweiz zum Beispiel auch, dass die zu Recht kritisierten Kündigungen älterer Arbeitnehmer und deren Ersetzung durch besser ausgebildete Jüngere überhaupt nichts mit der Staatsangehörigkeit zu tun haben.

«Die schicksalsmässige Verbindung der Schweiz mit Europa und der EU geht weit über die wirtschaftlichen Beziehungen hinaus.»

Die besser Ausgebildeten können genauso gut Schweizerinnen und Schweizer sein. Das EU-feindliche Spiel mit der Einwanderung ist eines mit gezinkten Karten. Aber solange man die nationalistischen Beweggründe der Spieler nicht aufdeckt und nicht darüber spricht, geht das Spiel für die Nationalisten leicht auf.

«Bessere Lebensbedingungen» allein genügen nicht

«Die Bilateralen bleiben dann mehrheitsfähig, wenn die Menschen im Land etwas davon haben, nicht allein die Wirtschaft.» Das sagt SP-Fraktionschef Andy Tschümperlin zum Reformpaket der SP. Das ist zwar richtig, aber es ist noch nicht alles. Die SP Schweiz braucht eine Doppelstrategie: ein Gleichgewicht zwischen der Forderung nach griffigen flankierenden Massnahmen einerseits und dem Engagement für Europa-Offenheit andererseits. Dies ist keineswegs ein Widerspruch, wie einige meinen.

Im Zusammenwirken der beiden Achsen liegt die SVP ganz unten und rechts. Die Parteien, die sich im «Bündnis für eine solidarische

und offene Schweiz» zusammengeslossen haben – darunter auch die SP Schweiz – stehen oben und links. Die FDP – rechts auf der waagrechten Achse – hat sich auf der Europa-Achse ein wenig nach oben bewegt. Es wird sich weisen, ob sie sich auf wirtschaftliche Argumente beschränken wird oder ob sie auch die grundsätzliche Europa-Offenheit zum Thema macht.

Die SP sollte auf diesen beiden Feldern gleich stark und gleich öffentlichkeitswirksam auftreten. Übrigens könnte ein gemeinsames Engagement für politische Europa-Offenheit und gegen nationalistische Tendenzen im Verein mit Mitte- oder sogar mit Teilen von Mitte-rechts-Parteien zu interessanten Konstellationen führen – nicht zuletzt auch in Hinblick auf das Aushandeln flankierender Massnahmen. Das ist aber nur dann möglich, wenn die öffentlichen MeinungsmacherInnen der Partei rechtzeitig und glaubwürdig politische Europa-Offenheit markieren und sich nicht allein auf die Forderung nach griffigen flankierenden Massnahmen beschränken.



Will die Schweiz auch in Zukunft gute Beziehungen zur EU, dann braucht es nicht nur griffige flankierende Massnahmen, sondern auch mehr Offenheit gegenüber Europa.

MENSCHEN AUF DER FLUCHT

Einer der Höhepunkte der diesjährigen Sommeruni war zweifellos das Referat von Peter Maurer. Er sprach zu einem der brennendsten aktuellen Themen der Gegenwart: Menschen auf der Flucht. links hat dem IKRK-Präsidenten drei Fragen gestellt.

Weltweit sind Millionen von Menschen auf der Flucht, so viele wie noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg. Wo verlaufen die grössten Migrationsströme?

Menschen, die Gewalt ausgesetzt sind, suchen meist zuerst im eigenen Land Schutz, dann in ihren Nachbarländern. Die grossen Empfangsstaaten von Flüchtlingen in den letzten Jahren waren daher die Nachbarländer Syriens – vor allem der Libanon, Jordanien und die Türkei –, während in der Konfliktregion zwischen Nord-Nigeria und Somalia, Äthiopien zu den grossen Empfangsstaaten gehört. Auch die Nachbarn Afghanistans –, Pakistan und Iran – Myanmars oder der Ukraine gehören dazu. Nur eine vergleichsweise geringe Zahl von Flüchtlingen kommt über das Mittelmeer nach Westeuropa.

In deinem Referat hast du betont, dass die Logik der Abwehr – höhere Mauern, schärfere Hunde – gegenüber Flüchtlingen fundamental falsch ist. Warum?

Nur wenige Menschen verlassen ihre Heimat freiwillig. Wer auf der Flucht ist, hat meist gute Gründe und hat traumatische Gewalt am eigenen Leib oder in seiner Familie erfahren. Diese Menschen haben nichts zu verlieren. Abschreckung und Zwang wird sie nicht abhalten. Nur vernünftige Regelungen zwischen Flüchtlingen und Gastgesellschaften, welche die Interessen beider Seiten berücksichtigen, können Spannungen abbauen.

Was war dein Eindruck von der Sommeruni?

Wenn ich einen öffentlichen Vortrag halte, treffe ich oftmals viele interessierte Leute. An der Sommeruni hat mich das Engagement und politische Denken der Teilnehmerinnen und Teilnehmer beeindruckt. Ausserdem scheint sich die SP in dünner Luft besonders wohl zu fühlen – das ist sehr ermutigend.

Eine ausführlichere Berichterstattung zur Sommeruni erscheint im nächsten links.

IN DER DREIFACHTURNHALLE DES SENNENHUNDES

Gute Mädchen kommen in den Himmel, Gemeindepräsidenten überall hin. Weil wir in «meinem» Dorf jetzt auch eine SVP haben, wurde ich an eine samstägliche Willy-Hundsverlochete eingeladen. Meine Aufgabe: den anwesenden Männern und Frauen kurz erklären, wo sie gelandet sind. Gemeindevorstellungen sind Gemeindevorstellungen. Zusammen mit meinem Amtskollegen von nebenan geht's also in die Höhle des Löwen. Oder des Berner Sennenhundes.

Die stattliche Mehrzweckhalle ist bei weitem nicht so voll, wie das auf der Bühne beschworene Boot. Von

Dichtestress keine Spur. Geschätzte 62,3 Prozent der Anwesenden sind Kandidierende und die meisten Besucher haben schon viele Lenze erlebt. Ich lausche den engagierten Reden und werweise, ob gar noch «ganz Afrika» Platz finden würde. Unsere launigen Worte werden mit gönnerhaftem Applaus verdankt. Bei der SVP kann man durchaus lächeln, wenn auch lieber nicht über sich selber. Politik ist schliesslich eine ernste Sache und das Boot – wie gesagt – proppenvoll. Die Punkten auf die eigene Rechnung zünden hingegen wie geplant.

Es gibt Fischknusperli und Röstli. Ersteres auf dem Teller, letzteres als Ständeratskandidat am Redner-

STEFAN KRATTIGER

ROT STICH

pult. Ebenfalls dabei sind natürlich die umtriebigen Parteisoldaten Hess und Fuchs. Nach dem Grusswort des Kantonalpräsidenten schepert unvermittelt opulente Musik aus den Lautsprechern und alle springen von ihren Stühlen. Auch ich stelle mich mit stolzgeschwellter Brust hin und recke die linke Faust gegen die Decke. Erst jetzt merke ich, dass es nicht die Internationale, sondern der Berner Marsch ist. Beim Apéro erklärt mir dann eine Frau aus dem Sudan, dass «hier» eben doch nicht «ganz Afrika» Platz habe. Hätten wir damals doch bloss eine Dreifachturnhalle gebaut.



MOVENDO

Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

Beruf und Familie – Herausforderungen im Alltag meistern

D2.5.1508

8.9. und 10.11., Hotel Olten, Olten
Grenzen der Vereinbarkeit, Strategien für den Alltag, Arbeitsteilung, Verhandlungen mit dem Arbeitgeber. Referentin: Elisabeth Häni (Fachstelle UND)

Beruflich am Ball bleiben – persönlich weiterkommen

D2.5.1507
8.9. und 22.9., Trigon Bildungszentrum, Zürich

Ausführliche persönliche und berufliche Standortbestimmung, Ressourcen, Fähigkeiten und Stärken erkennen, berufliche Möglichkeiten kennen, Berufs- und Lebensziele, Aktionsplan. Referent: Christoph Dengler (S&B Institut)

Gesund bleiben am Arbeitsplatz: Führungsaufgabe Gesundheit

D2.2.1503

14.–15.9., Solbadhotel, Sigriswil
Analyse des eigenen Führungsstils, Umgang mit Belastung und Leistungsansprüchen, Förderung von Gesundheit und Wohlbefinden, Ressourcen-Management. Referent: Samuel Woodtli (Erwachsenenbildner)

Bewerbungsdossier wirkungsvoll gestalten (Word 2013)

D2.6.1531

22.9., TEKO, Olten
Bewerbungs- bzw. Motivationsbrief sprachlich korrekt formulieren, Lebenslauf wirkungsvoll darstellen, Bewerbungsdossier in PDF-Dokument umwandeln. Referent: Peter Schriber (Informatikerberater)

Schreibwerkstatt

D1.8.1516
24.–25.9., Computerschule Bern, Bern

Artikel verfassen, LeserInnenbriefe schreiben, Wirkung eigener Texte überprüfen, in den Medien Themen setzen. Referent: Stefan Keller (Journalist und Autor)

Stress in Beruf und Alltag

D2.5.1503

28.–29.9., Hotel-Rest. Toggenburgerhof, Kirchberg SG
Standortbestimmung, Stressanalyse, Zielsetzungen, Umgang mit Belastungen. Referentin: Nora Herzog (Erwachsenenbildnerin)

Word: Aufbaukurs (MS Office 2013)

D2.6.1526

2.10., TEKO, Olten
Dokument- und Formatvorlagen definieren und zuweisen, Kopf- und Fusszeile einfügen, Abschnittswechsel definieren, Grafiken und Diagramme platzieren

und beschriften, Verzeichnisse erstellen. Referent: Peter Schriber (Informatikerberater)

Soziale Absicherung bei Unfall, Krankheit und Invaldität

D1.8.1512

5.–6.10., Solbadhotel, Sigriswil
Funktionsweise, Leistungen, Anspruchsvoraussetzungen und Finanzierung von UV, KV und IV, politische Streitfelder, Zukunftsperspektiven und gewerkschaftliche Positionen. Referentinnen: Anna Sax (Gesundheitsökonomin), Christine Goll (Movendo)

Die Anmeldung erfolgt online www.movendo.ch, per Mail info@movendo.ch, Telefon 031 370 00 70 oder Fax 031 370 00 71. Die Kosten für mindestens eine Weiterbildung pro Jahr werden für Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Gewerkschaft getragen. Mit deiner Anmeldung klären wir die Kostenfrage ab und informieren dich unverzüglich. SP-Mitglieder, die nicht Gewerkschaftsmitglied sind, profitieren vom reduzierten Tarif von 230 statt 390 Franken bzw. 300 statt 450 Franken pro Kurstag. Weiter kann bei Simon Roth (SP Schweiz, simon.roth@spschweiz.ch) finanzielle Unterstützung beantragt werden.

27. AUGUST
Rentenkongress
Jona

10. SEPTEMBER
Referat und Diskussion zu TISA
Rapperswil

12. SEPTEMBER
nationale Wahlveranstaltung
der SP Schweiz in Turgi

19. SEPTEMBER
Herbstanlass SP 60+
Solothurn

18. OKTOBER
nationale Wahlen

4. DEZEMBER
Koordinationskonferenz

5. DEZEMBER
Delegiertenversammlung
St. Gallen

KORRIGENDUM

100 Jahre Zimmerwalder Konferenz – Tagung vom 4./5. September 2015: Die Teilnahme an der Tagung kostet nicht, wie in der letzten Ausgabe angekündigt, 80 bzw. 120 Franken, sondern ist kostenlos. Anmeldung via www.zimmerwald1915.ch

LAUF GEGEN RASSISMUS
AB 10 UHR
SO. 27. SEPTEMBER '15
BÄCKERANLAGE ZÜRICH
WWW.LAUFGEGENRASSISMUS.CH



Domaine Coston

Aufsteiger aus dem Languedoc

Im Nordwesten MontPELLIERS keltern die beiden Brüder Jean-Marc und Philippe Coston aufsehenerregende Weine. Regelmässig werden sie an der wichtigsten Bioweinprämierung «Millésime Bio» mit Höchstnoten bewertet. Basis sind hervorragende Lagen und alte Reben, allen voran die alteingesessenen Carignan, Cinsault, Grenache. Sorte für Sorte wird einzeln geerntet, jede Parzellen separat gekeltert, ein Teil mit der Methode «macération carbonique», um den fruchtigen Charakter des Weins zu akzentuieren. Der Grossteil der Weine wird in Stahltanks ausgebaut, ein kleiner Teil in Barriques. Der noch junge Betrieb hat eine grosse Zukunft vor sich.

Angebot gültig bis 15. Oktober 2015.



6er Kennenlern-Angebot
Fr. 85.– statt Fr. 119.40
inkl. Versandkosten von Fr. 14.–

Sie erhalten je zwei dieser Weine:

St Guilhem le Désert 2012, Pays de St Guilhem le Désert IGP, (verschiedene Rebsorten), 75 cl – Fr. 11.90

Terrasses du Larzac 2013, Languedoc AOP, (Grenache, Syrah, Carignan, Mouvèdre), 75 cl – Fr. 15.90

Les Garigoles 2012, Coteaux du Languedoc AOC, (Grenache, Syrah), 75 cl – Fr. 24.90

1299

Telefonisch unter 043 322 60 00 bestellen oder Talon ausfüllen und einsenden.

Name/Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Tel: _____

E-Mail: _____

6er Kennenlern-Angebot «Domaine Coston» für nur 85.– statt 119.40 (inkl. Versandkosten)

Bitte senden Sie mir zusätzlich:

- den Küferweg-Newsletter zu
- gratis das Küferweg-Weinbuch



Noch schneller bestellen? Einfach QR-Code scannen und online bestellen.

